

Danziger Zeitung.

No 17166.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserte kosten für die sieben gesetzte gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfsg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Die Spiritusproductions-Beschränkung. (Landwirtschaftliche Original-Correspondenz der „Danziger Zeitung“.)

Wie werden die Brennerei-Besitzer sich der vollendeten Thatssache gegenüber, daß die geplante Coalition nicht zu Stande gekommen und auch für die Zukunft ausichtslos ist, einrichten? Das ist die Frage, welche man allen Ernstes ins Auge zu fassen hat. Die Frage wird nur zu einer erträglichen Lösung geführt werden können, wenn sie von der großen Mehrzahl der Producenten übereinstimmend beurtheilt und angesetzt wird; deshalb ist eine möglichst ausgedehnte Discussion jetzt dringend erwünscht.

Wir können ein Mittel, das drohende Unheil, welchem unser Gewerbe entgegen zu gehen scheint, abwenden, nur in der Beschränkung der Production finden und wollen untersuchen, in wie weit solche ausführbar erscheint, ohne die Landwirtschaft ihrerseits zu ruiniren. Denn zweifellos ist die kleinere Production erheblich theurer als die größere. Die vorhandene Anlage wird bei ersterer weniger ausgenutzt, d. h. die aufzubringende Summe für Säen und Amortisation auf eine kleinere Menge Kartoffeln vertheilt, dadurch der Betrieb vertheuert. Das Gleiche findet statt bezüglich der Löhne des Brennereiverwalters und der Arbeiter, deren Zahl man bei geringem Betriebe nicht entsprechend verringern kann, ebenso betreffs der Feuerung, der Schmiede, der Reparaturen etc. Wir sind also gezwungen, einen Betrieb zu vertheuern, während im übrigen überall das erzielungene und energische Streben herrscht, alle Unkosten zu verringern. Dazu kommt der Uebelstand, daß der Kartoffelsbau entweder verringert werden muß, oder daß der Ueberschuss an Kartoffeln zur Verfütterung oder zum Verkauf verwandt wird. Erstes ist bei heutigen gedrückten Fleischpreisen wenig lohnend, letzteres der landwirtschaftlichen Cultur höchst schädlich. Wer den Kartoffelsbau einschränken will, kann die dadurch ersparte Fläche nicht einfach mit Getreide bestellen, sondern wird Brache oder Grünsutter einschieben müssen, um eine richtige Fruchtsorte zu erhalten. Es muß hiernach auch dem Reichlandwirth einleuchtend sein, daß die den Brennereiwirtschaften drohenden Schwierigkeiten sehr groß sind. Indessen ist es ja die Aufgabe der Landwirth, Hindernisse zu bekämpfen; diese Arbeit füllt ihr ganzes Leben an, und so muß man auch die Bekämpfung der vorliegenden Schwierigkeit mit möglichst gutem Muth unternehmen.

Für das sogenannte Contingent, d. h. den für den Consum im Lande bestimmten Spiritus, dessen Menge dadurch festgestellt ist, daß man den jährlichen Bedarf auf $4\frac{1}{2}$ Liter pro Kopf der Bevölkerung annahm, ist eine gute Verwertung der Kartoffeln durch das neue Gesetz gesichert. Dieser Spiritus trägt nur 50 Mk. Steuer, während für den anderen 70 Mk. zu entrichten sind. Aber durch dieses Geschenk ist niemand recht glücklich geworden; man würde es gern entbehren, wenn die Verhältnisse von vor zwei Jahren wieder hergestellt werden könnten, bei denen die Beschränkung, welche unserem Betriebe, der Verfügung über unser Eigentum, Fabrik und Geräthe ausgelegt ist, noch nicht bestand.

Was nun den Spirituspreis betrifft, so glauben wir nicht, daß das deutsche Steuergesetz einen Einfluß auf den Weltmarktpreis geübt hat oder zu üben im Stande wäre. Der Preis an der Hamburger Börse ist vom Herbst v. J. bis zum Frühjahr von 22 auf 15 Mk. gesunken. Es ist noch nicht zu übersehen, inwiefern die deutsche Production der letzten Campagne eingeschränkt ist, noch weniger die Production Russlands und Rumäniens zu beurtheilen, somit auch der Grund

dieses bedeutenden Preistrücksanges schwerlich festzustellen. Vorläufig ist eine erhebliche Preissteigerung nicht wahrscheinlich, und man wird hiernach seine Calculation über den Umfang des künftigen Betriebes einzurichten haben.

Das Contingent berechnet sich so, daß die Einwohnerzahl der alten Steuergemeinschaft (37.08 Millionen) mit einem Consum von $4\frac{1}{2}$ Liter pro Kopf veranschlagt wurde, woraus sich ein Quantum von 165.5 Millionen Liter ergiebt. Hierzu kommen die Süddeutschen mit 9 Millionen Einwohnern à 3 Liter pro Kopf = 27 Mill. Liter, zusammen 192.5 Mill. Liter. Dieses Quantum als Consumbrannwein angesehen, würde auf den Kopf der gesamten Bevölkerung nur 4.1 Liter ergeben; indessen ist in Süddeutschland der Branntweinengenügs tatsächlich geringer als im Norden; wir dürfen also annehmen, daß für die Norddeutschen jährlich 4.5 Liter pro Kopf zu rechnen sind. Die Production der letzten 6 Jahre hat auf den Kopf der Bevölkerung 9.7 Liter betragen; man darf annehmen, daß davon ca. 1.7 Liter für gewerbliche Zwecke und zum Export verwendet sind, so daß auf den Consum 8 Liter zu rechnen sind. Wird der Consum nun wirklich auf 4.5 Liter herab sinken? Wir bezweifeln es und meinen, die Brenner sollten sich darauf einrichten, daß der Consum um 1 Liter über die Annahme steigen kann. Das würde einem Supercontingent von 46 Mill. Litern entsprechen, ungefähr gleich 25 Proc. des Contingents. Dieses Quantum würde für die eventuelle Steigerung des Consums zur Verfügung stehen und einen, falls unsere Annahme zutrifft, wohl erträglichen Preis erzielen können. Wer mehr producirt, bringt sich und seine Gewerbsgenossen in die Lage, dieses Mehr zu Exportpreisen zu verkaufen, bei denen die Kartoffeln sich ohne Schlempe auf 25 bis 35 pf. verwerthen, wie wir das in den letzten Monaten erlebt haben. Diese Rechnung sollte die Unmöglichkeit derartiger Production zweifellos feststellen; da viele Brenner aber dennoch mutter weiter gebrannt haben, müssen sie sich durch Erwägungen haben lassen lassen, die wir nicht kennen und deshalb nicht zu beurtheilen vermögen. Wir sträuben uns gegen den Glauben, daß, wie vielfach ange deutet wurde, dies von reichen Leuten geschah, die eine Zeit lang mit Schaden produciren wollten, um die weniger gut stürzten Gewerbsgenossen erst „trotz zu machen“ und dann größere Vorteile erwarten.

Für völlig falsch halten wir es, die Verwertung der Kartoffeln so zu berechnen, daß man den Durchschnitt der Verwertung durch 50er und 70er Spiritus zieht. Diese Rechnung führt uns zur Selbstläufung. Das Contingent ist durch Gesetz festgestellt; wer 400 Hectol. davon brennen darf, der ist bei Verwertung von ca. 7000 Ctr. Kartoffeln zu einem befriedigenden Preise (bei 50 Mk. etwa 1.30 Mk. pro Ctr.) sichergestellt. Wer nun 800 Hectol. aus 14000 Ctr. Kartoffeln gewinnt und eine durchschnittliche Verwertung von 80 pf. annimmt, irrt. Die Verwertung der einen Hälfte zu etwa 1.30 Mk. ist ihm durch Gesetz sichergestellt, und es hängt von seinem Entschluß ab, ob er die zweite Hälfte für 30 pf. verwerthen will, oder ob er nicht bei genauer Rechnung finden wird, daß er das Futter für sein Fleisch billiger beschaffen kann, wenn er die Kartoffeln direct verfüttert oder verkauft und für einen Theil des Erlöses Futter kauft.

Wem 400 Hectoliter Contingent zugesprochen sind, kann, wenn er 20 Proc. darüber, im ganzen also 480 Hectoliter producirt, sich wohl zur Noth mit dem Futter einrichten. Wem z. B. Bottiche von 2000 Liter zur Verfügung stehen, aus welchen man bei guter Ausbeute je 2 Hectoliter Spiritus erzielt, kann 240 Bottiche maischen. Das ist täglich eine Maischung für 8 Monate, 1. Oktober bis 31. Mai. Man erhält dabei allerdings sehr wenig Schlempe, es ist aber doch eine Grundlage,

Geschlecht, Herr Bernack! Keine Klage, keine Thräne, kein Wort der Mittheilung, — aber der Schmerz bohrt um so tiefer. So war Ihr Vater auch.“

„Von welchem Schmerz sprechen Sie?“ fragte Bernack. „Hat Frau v. Hilldingen einen Verlust erlitten?“

„Das wissen Sie garnicht? Aber bemerkten Sie denn nicht, daß sie Trauer trägt? Sie hat ja ihr Kind, ihr Söhnchen verloren; es soll ein so süßes kleines Geschöpf gewesen sein. Zwölf Tage ist er nur alt geworden.“

Bernack blickte die Tante an, aber er sah sie nicht, denn vor seinem Geist stand das Bild der jungen Frau, und er wußte, daß diese Augen, in denen alle Lust erloschen schien, noch andere Thränen geweint hatten, als die um das Kind, — wußte, daß die kühle gleichgültige Ruhe, die über ihrem Wesen lag, das Leichtentuch war, das eine erstarke oder erstickte Welt verhüllte. Und ein machtvoller Wunsch ergriß ihn, der Wunsch, dies Auge wieder in Glück strahlen, diesen Mund wieder lächeln zu sehen; den Herzenton zu vernehmen, der aus dieser Stimme klingen müßte; die Kräfte zu erwecken, die dieser reichen Natur innenwohnten.

„Was ist Ihnen nur, haben Sie Unannehmlichkeiten gehabt?“ fragte die Tante bestreitend.

Er fuhr sich mit der Hand über die Stirn, als müsse er die Gedanken verscheuchen, die ihn so ernst gestimmt; dann beruhigte er die alte Dame mit ein paar freundlichen Worten und sagte ihr Lebewohl, um den Heimweg anzutreten.

4. Kapitel.

In den nächsten Tagen sah man Cornelie in Begleitung Fritschs und der beiderseitigen Inspectoren auf den Feldern von Blankenhalde

und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei

anstaß der unteren Verwaltungsbehörde, in deren Bereich der Antragsteller wohnt, abschriftlich mitzutheilen. § 69. Die Wiederholung eines endgültig abgelehnten Antrages auf Bewilligung einer Invalidenrente ist vor Ablauf eines Jahres seit der Zustellung der endgültigen Entscheidung nur dann zulässig, wenn glaubhaft bescheinigt wird, daß inzwischen Umstände eingetreten sind, aus denen sich das Vorhandensein der dauernden Erwerbsunfähigkeit des Antragstellers ergibt. Sofern eine solche Bescheinigung nicht beigebracht wird, hat die untere Verwaltungsbehörde den vorzeitig wiederholten Antrag endgültig zurückzuweisen.

Berechtigungsausweis.

§ 70. Nach erfolgter Feststellung der Rente ist dem Berechtigten von Seiten des Vorstandes der Versicherungsanstalt eine Bescheinigung über die ihm zu stehenden Bezüge unter Angabe der mit der Zahlung beauftragten Postanstalt (§ 75) und der Zahlungstermine auszufertigen.

Wird in Folge des weiteren Verfahrens der Betrag der Rente geändert, so ist dem Entschädigungsberichtigten ein anderer Berechtigungsausweis zu ertheilen.

Rechnungsbureau.

§ 71. Sobald die Höhe der Rente endgültig feststeht, ist von derjenigen Stelle, welche den endgültigen Bescheid erlassen hat, eine mit der Bescheinigung der Rechtskraft zu versehende Ausfertigung derselben mit dem Quittungsbuch dem Rechnungsbureau des Reichs-Versicherungsamts vorzulegen.

§ 72. Das Rechnungsbureau hat alle bei dem Reichs-Versicherungsamt nach Maßgabe dieses Gesetzes vor kommenden rechnerischen Arbeiten auszuführen. Insbesondere liegt demselben:

1. die Vertheilung der Renten,
2. die Mitwirkung bei den im Vollzuge des Gesetzes herzustellenden statistischen Arbeiten.

§ 73. Das Rechnungsbureau berechnet, welcher Beitrag der Rente dem Reich beizulegen sei, auf den einzelnen Versicherungsanstalten, zu welchen der Empfangsberechtigte während der Dauer seiner Beschäftigung Beiträge entrichtet hatte, nach dem Versicherungswert dieser Beiträge zur Last fällt. Das Rechnungsbureau ist befugt, die zu diesem Zwecke ihm erforderlich erscheinenden Erhebungen herbeizuführen.

§ 74. Die Vertheilung ist den Vorständen der befreiteten Versicherungsanstalten mit den Unterlagen, auf Grund deren die auf die letzteren entfallenden Anteile an der Rente berechnet sind, mitzutheilen. Jeder beteiligte Vorstand ist befugt, binnen 14 Tagen nach der Zustellung gegen die Belastung Einspruch zu erheben. Erfolgt binnen dieser Frist kein Einspruch, so gilt die Vertheilung als endgültig; wird rechtzeitig Einspruch erhoben, so entscheidet über denselben nach Anhörung der Vorstände der anderen beteiligten Versicherungsanstalten das Reichs-Versicherungsamt. Von der Entscheidung werden die Vorstände in Kenntnis gesetzt.

Sobald die auf die beteiligten Versicherungsanstalten entfallenden Anteile an der Rente endgültig feststehen, hat das Rechnungsbureau eine Ausfertigung der Vertheilung dem Vorstande derjenigen Versicherungsanstalt, welche die Verhandlungen über Festsetzung der Rente geführt hatte, zu übersenden.

Auszahlung durch die Post.
§ 75. Die Auszahlung der Renten wird auf Anweisung des Vorstandes derjenigen Versicherungsanstalt welche die Verhandlungen über die Festsetzung der Rente geführt hatte, vorrangsweise durch die Post-Verwaltung, und zwar in der Regel durch diejenige Postanstalt bewirkt, in deren Bezirk der Empfangsberechtigte zur Zeit des Antrages auf Bewilligung der Rente seinen Wohnsitz hatte.

Verletzt der Empfangsberechtigte seinen Wohnsitz, so ist er berechtigt, die Überweisung der Auszahlung der ihm zustehenden Rente an die Postanstalt seinen neuen Wohnsitz bei dem Vorstande der Versicherungsanstalt, welcher die Rente angewiesen hat, zu beantragen.

Erstattung der Vorschüsse der Postverwaltungen.

§ 76. Die Central-Postbehörden haben dem Rechnungsbureau Nachweisungen über diejenigen Zahlungen, welche auf Grund der Anweisungen der Versicherungsanstalten geleistet worden sind, zu zustellen. Das Rechnungsbureau hat die vorgeschriebenen Beiträge nach Maßgabe des § 73 zu vertheilen und den Versicherungsanstalten Nachweisungen über die ihnen zur Last fallenden Einzelbeiträge zu übersenden. Eine Nachweisung über die dem Reich zur Last fallenden Beiträge ist dem Reichskanzler (Reichsamt des Innern) zu zustellen.

Den Central-Postbehörden hat das Rechnungsbureau nach Ablauf eines jeden Rechnungsjahres mitzutheilen.

„Die, welche Sie jetzt benutzen.“

„Unmöglich — in der alten Baracke.“

„Wohnt Ihr Inspector auch?“

„Ja, aber ich bin nicht gewohnt.“

„Ohne Smyrnateppiche und Sammeltaueils zu existieren — ich weiß!“ entgegnete sie lächelnd; „dennoch müssen Sie jetzt ein Weilchen auf diese Annehmlichkeiten verzichten. Solche Neuerlichkeiten sind ja leicht zu entbehren.“

Er hustete verlegen, wollte etwas erwiedern, kam aber nicht zum Wort, denn sie fuhr schon fort: „Nur, wenn Sie in Blankenhalde bleiben, kann Ihnen das Experiment, das wir gemeinsam unternommen, nützen; — und nutzen möchte ich Ihnen, sonst hätte ich mich überhaupt auf die Sache nicht eingelassen.“

Sie hatte mit so gewinnender Freundlichkeit gesprochen, daß sein Herz schneller zu pochen begann und er nichts thun konnte, als sich bedingungslos gefangen zu geben. In Secundenschritte versankten vor ihm die Trinkgelage mit den Rittern, die kleine Sophie und das elegante Chambre-garni in der Stadt. Er warf ihnen einen wehmüthigen Blick nach und drückte dann mit einer devoten Verbeugung gegen die junge Frau seine Bereitwilligkeit aus, sich ihrem Wunsch zu fügen.

„Sie sind also einverstanden?“ fragte sie noch einmal, ihm die Hand reichend.

Er ergriff dieselbe, um sie an die Lippen zu führen. „O! rief er dann mit einem viel sagenden Blick, „wenn Sie wüssten, gnädige Frau, wie unbegrenzt meine Ergebenheit.“

„Schon gut, Herr Fritsch! Hier ist der vierte Theil der vereinbarten Summe — hier die Anweisung auf meinen Bankier, bei dem Sie das übrige Geld erheben können, wann Sie wünschen.“

umherfahren. Fritsch führte Ratten und Papiere bei sich, die oft befragt wurden. Man sah Zahlen und notierte Bemerkungen, verließ auch den Wagen, um die Qualität des Horns zu prüfen. Daheim in Buchenau ward dann conferirt und gerechnet und nach einer Woche war man endlich mit der Abschätzung zu Stande gekommen.

Herr Fritsch saß mit seinem verbindlichsten Gesicht der jungen Frau gegenüber, die Hand, über welche eine schneeweisse Manschette ließ herabfiel, mit einem goldenen Bleistift bewaffnet, einen Bogen mit Zahlen vor sich, die er auf Cornelies Wunsch noch einmal zusammenrechnen sollte. Das wurde ihm offenbar sehr schwer, denn immer wieder blickte er von der langen Zahlenreihe auf sein schönes Gegenüber und mußte dann das Exemplar von neuem beginnen.

Endlich hatte er die Zahlen addirt, das Resultat stimmte genau mit dem von Cornelie gefundenen überein, und diese erhob sich, um einige Papiere und eine Kassette mit Banknoten aus ihrem Schreibtisch zu holen.

Nun muß ich aber noch einige Bedingungen an die Auszahlung des Geldes knüpfen, sagte sie, wieder an den Tisch tretend, vor dem Fritsch saß. Sie müssen mir bei Einbringung der Rente völlig freie Hand lassen und es mir anheimstellen, die Arbeitskräfte zu wählen, wo und wie ich will. Zweitens müssen Sie selbst versprechen, mir Ihre Hilfe zu leihen und — sich eine Weile meinen Anordnungen zu fügen.“

Er zeigte eine etwas erschrockene Miene. „Mein Inspector, gnädigste Frau, wird sicherlich —“

„Nein, Sie selbst, Herr Fritsch!“ beharrte Cornelie lächelnd. „Es hilft Ihnen nichts, Sie müssen in Blankenhalde bleiben —“

„Aber ich habe keine Wohnung!“

welche Beiträge von dem Reich und von den einzelnen Versicherungsanstalten zu erstatten sind.

Nach Ablauf eines Jahres von dem Inkrafttreten dieses Gesetzes an sind die Central-Postbehörden berechtigt, von jeder Versicherungsanstalt einen Betriebszettel einzuziehen. Derselbe ist in vierteljährlichen Theilzahlungen an die den Versicherungsanstalten von der Central-Postbehörde zu bezeichnenden Kassen abzuhüften und darf die für die Versicherungsanstalt im abgelaufenen Rechnungsjahre vorgeflossenen Beiträge nicht übersteigen.

§ 77. Die Versicherungsanstalten haben die von den Postverwaltungen vorgeschossenen Beiträge binnen zwei Wochen nach Empfang der Schlussnachweisung für das abgelaufene Rechnungsjahr zu erstatten. Die Erstattung erfolgt aus den bereiteten Mitteln der Anstalt. Sind solche nicht vorhanden und bietet auch der Reservefond solche nicht dar, so hat der weitere Communalverband, beim der Bundesstaat die erforderlichen Beiträge vorzuschieben. Bei gemeinsamen Versicherungsanstalten erfolgt die Ausbringung dieses Vorschusses nach dem im § 30 Absatz 2 festgesetzten Verhältnis.

Gegen Versicherungsanstalten, welche mit der Erstattung der Beiträge im Rückstande bleiben, ist auf Antrag der Central-Postbehörde von dem Reichs-Versicherungsamt das Zwangsbeitreibungsverfahren einzuleiten.

§ 78. Die Bestimmungen der §§ 71—77 finden auf die vom Bundesrat anerkannten besonderen Einrichtungen entsprechende Anwendung. Gewöhnlich diese besonderen Einrichtungen weitergehende Belege, so ist bei der Vertheilung der Rente nur derjenige Theil der den ersten jugefallenen Beiträge in Betracht zu ziehen, welcher für die Gemährung von Renten in der durch dieses Gesetz festgesetzten Höhe für erforderlich zu erachten ist.

Gewöhnlich die Einrichtungen die von ihnen festgesetzten Renten ohne Vermittlung der Postanstalten selbst auszahlen, wird ihnen der Reichszuschuß am Schlusse eines jeden Rechnungsjahres auf jedesmalige Liquidation direkt überwiesen. Die Versicherungsanstalten, auf welche Theile der von jenen besonderen Einrichtungen gezahlten Renten entfallen, haben diese Anteile nach deren Feststellung durch das Rechnungsbureau den Vorständen der betreffenden Einrichtungen jährlich zu erstatten.

§ 79. Die zur Gewährung des Reichszuschusses für erforderlich zu erachtenden Beiträge werden in den Reichshaushaltsetat alljährlich eingestellt.

Höhe der Beiträge.

§ 80. Bis zur Inkraftsetzung eines anderen Beitrags sind in jeder Versicherungsanstalt für eine versicherte männliche Person einundzwanzig Pfennig, für eine versicherte weibliche Person vierzehn Pfennig an wöchentlichen Beiträgen zu erheben.

§ 81. Innerhalb zehn Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes hat der Ausschuss jeder Versicherungsanstalt über die Höhe der in derselben für den Kopf und die Woche zu entrichtenden Beiträge zu beschließen. Der Ausschuss ist befugt, diese Beschlussfassung dem Vorstande zu übertragen.

Der Beschluss bedarf der Genehmigung des Reichsversicherungsamts. Kommt innerhalb zehn Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ein Beschluss, welcher die Genehmigung des Reichsversicherungsamts findet, nicht zu Stande, so hat das Reichsversicherungsamt die Höhe des Beitrages selbst festzulegen.

Die Höhe des Beitrages, sowie der Zeitpunkt, von welchem ab die Beiträge erhoben werden sollen, ist durch diejenigen Blätter, welche zu den Bekanntmachungen der Versicherungsanstalt dienen, zu veröffentlichen. Die Bekanntmachung muß mindestens zwei Wochen vor demjenigen Zeitpunkt erfolgen, von welchem ab der Beitrag in der festgesetzten Höhe erhoben werden soll.

§ 82. Die Festsetzung des Beitrages ist, sobald sich ein Bedürfnis herausstellt, längstens aber von zehn zu zehn Jahren einer Revision zu unterziehen. Bei der Revision sind Ausfälle oder Ueberzahlungen, welche sich aus der Erhebung der bisherigen Beiträge rechnungsmäßig herausgestellt haben, in der Weise zu berücksichtigen, daß durch die neuen Beiträge eine Ausgleichung dieser Ausfälle oder Ueberzahlungen eintritt. Im übrigen finden auf die Revision die Bestimmungen des § 81 Anwendung.

Marken.

§ 83. Zum Zweck der Entrichtung der Beiträge werden von jeder Versicherungsanstalt Marken ausgegeben, deren Größe, Farbe und Stückwerth vom Reichs-Versicherungsamt festgestellt werden. Auf der Marke muß die Versicherungsanstalt, sowie der Geldwerth, welchen die Marke darstellt, bezeichnet sein.

Die Versicherungsanstalt hat Vorsorge zu treffen, daß die von ihr ausgegebenen Marken in ausreichender Menge sowohl bei ihren Organen, wie bei anderen geeigneten Stellen gegen Elegierung des Geldwertes häuslich erworben werden können.

Quittungsbuch.

§ 84. Die Erhebung der Beiträge erfolgt durch Einkleben eines entsprechenden Betrages von Marken in die Quittungsbücher der Versicherten. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß jede von ihm beschäftigte versicherte Person ein auf ihren Namen lautendes Quittungsbuch besitzt; er ist berechtigt, fehlende Quittungsbücher für Rechnung der Betreffenden anzuschaffen und den verauslagten Betrag bei der nächsten Lohnzahlung einzubehalten.

Der Bundesrat bestimmt die Einrichtung des Quittungsbuchs. Die Kosten desselben trägt der Versicherer.

Die Ausstellung des Quittungsbuchs erfolgt durch die Ortspolizeibehörde des Beschäftigungsortes. Über den und hier die Urkunde, welche Sie zu unterschreiben haben."

Gie zählte die Scheine auf, während er, verletzt, daß sie seine gesühlvollen Worte so prosaisch unterbrochen, an seinem Schnurbart drehte und das ihm vorgelegte Papier mit seinem Namenszuge versah. Doch seine Bestimmung währte nicht lange, denn er entschuldigte ihr Benehmen damit, daß sie nur ihre Verlegenheit habe verborgen wollen.

Und nun auf dem Rückwege, dem lauen Winde, der über die Wiesen strich, entgegenrettend, durch das Geld in seiner Tasche in die gehobenste und zuverlässliche Laune versetzt, begann er Lufthöflößer zu dauen. Nicht nur sah er seine äußeren Verhältnisse auf das beste geordnet sich glänzend gestalten, sondern auch seine persönliche Lage schien ihm plötzlich in ein höchst hoffnungsvolles Licht gerückt und eine durchgreifende Wandlung seines Schicksals vor der Thür zu stehen. Er rief sich alles in die Erinnerung zurück, was er in dieser letzten Woche mit Cornelie erlebt: ihre anfängliche Abweisung seines Angebots, darauf ihr unmittriebtes Einlenken — den täglichen Verkehr, zu dem sie selbst ihn genötigt — daneben das jellsame Schweigen, das sie über ihren Gatten beobachtete, ihre lange Abwesenheit von Hause —

Sein Herz klopfte immer schneller, — wahrlich, es bedurfte keiner Eitelkeit, um dies alles zu seinen Gunsten zu deuten! Und nun schließlich die heutige auffallende Bedingung! War die nicht der beste Beweis? Ganz klar: sie wollte ihn in ihrer Nähe fesseln — weil sie, nun ja, weil sie ihm zugethan war.

Er lachte befriedigt vor sich hin und gab seinem Pferd einen Schlag, daß es mit einem mächtigen Satz vorwärts ging. Dahelm anlangend aber war er fest überzeugt davon, daß Cornelies Herz ihm eigentlich nichts gehört habe, daß sie nur von dem Glanz des alten Namens bestochen,

Vertrieb der Quittungsbücher wird durch die Landes-Centralbehörde bestimmt getroffen.

§ 85. Die Eintragung eines Urtheils über die Führer oder die Leistung des Inhabers, sowie sonstige durch dieses Gesetz nicht vorgesehene Eintragungen oder Vermerke in oder auf dem Quittungsbuche sind ungültig. Quittungsbücher, in welchen derartige Eintragungen oder Vermerke sich vorfinden, sind von jeder Behörde, welcher sie zustehen, einzubehalten. Die Behörde hat die Entfernung derselben durch neue Bücher, in welche der zulässige Inhalt der ersten nach Maßgabe der Bestimmungen der §§ 91 und 92 zu übernehmen ist, zu veranlassen.

Dem Arbeitgeber sowie Dritten ist untersagt, das Quittungsbuch wider den Willen des Inhabers zurückzubehalten. Auf die Zurückbehaltung der Bücher zu Zwecken der Controle, Berichtigung oder Übertragung seitens der hierfür zuständigen Behörden und Organe findet diese Bestimmung keine Anwendung.

Quittungsbücher, welche im Widerspruch mit dieser Vorschrift zurückzuhalten werden, sind durch die Ortspolizeibehörde dem Zuwiderhandelnden abzunehmen und dem Berechtigten auszuhändigen. Der erste bleibt dem letzteren für alle Nachtheile, welche aus der Zuwiderhandlung erwachsen, verantwortlich.

§ 86. In das Quittungsbuch hat der Arbeitgeber bei der Lohnzahlung den nach § 15 zu berechnenden Betrag an Marken der Versicherungsanstalt des Beschäftigungsorts auf die dazu bestimmten Blätter einzuhallen. Die Marken hat der Arbeitgeber aus eigenen Mitteln zu erwerben.

Die Verwendung von Marken anderer Versicherungsanstalten ist unzulässig. Die im Laufe der einzelnen Kalenderjahre eingeklebten Marken müssen eine fortlaufende Reihe bilden. Die eingeklebten Marken sind zu entwerthen. Der Bundesrat ist befugt, über die Entwerthung der Marken Vorschriften zu erlassen und deren Nichtbefolgung mit Strafe zu bedrohen.

Bei der Lohnzahlung haben die Arbeitgeber den von ihnen beschäftigten Personen die Hälfte der Beiträge in Abzug zu bringen. Die Abzüge dürfen sich nur auf die Lohnzahlungsperiode entrichteten Beiträge erstrecken.

§ 87. Durch die Landes-Centralbehörde oder mit Genehmigung derselben durch statutarische Bestimmung eines weiteren Communalverbandes oder einer Gemeinde kann abweichend von den Vorschriften des § 86 Absatz 1 angeordnet werden:

1. daß für diejenigen Versicherten, welche einer Orts-, Betriebs-, Fabrik-, Bau- oder Innungskrankenkasse oder einer Knapphaftekasse angehören, durch die Vorstände dieser Kassen, für die der Gemeinde-Blankenkasse oder landesrechtlichen Einrichtungen ähnlicher Art angehörenden Versicherten durch deren Verwaltung die Beiträge für Rechnung der Versicherungsanstalt von den Arbeitgebern erhoben und die den eingezogenen Beiträgen entsprechenden Marken in die Quittungsbücher der Versicherten eingeklebt und entwertet werden;

2. daß in der gleichen Weise die Beiträge für diejenigen Personen, welche keiner im § 1 bezeichneten Kassen angehören, durch die Gemeinde-Banken des Beschäftigungsorts von den Arbeitgebern einzuziehen sind. In diesem Falle können Bestimmungen über die Verpflichtung zur Annahme der Versicherten getroffen und Zu widerhandlungen mit Geldstrafe bis zu einhundert Mark bedroht werden.

Gewöhnlich die Einziehung der Beiträge in der vorstehenden Weise geregelt wird, hat die Versicherungsanstalt den Verwaltungern der Krankenversicherung und den Gemeindebehörden die erforderlichen Marken gegen Abrechnung zur Verfügung zu stellen und eine von der Landes-Centralbehörde zu bestimmende Vergütung zu gewähren.

§ 88. Personen, welche aus einer die Versicherungspflicht begründenden Beschäftigung ausscheiden, oder welche in einzelnen Kalenderjahren nicht für volle 47 Beitragswochen entweder die Zahlung der Beiträge oder die im § 18 vorgesehene Befreiung von der Beitragspflicht nachweisen können, sind berechtigt, sich den Anspruch auf volle Rente dadurch zu erhalten, daß sie einen den ausfallenden vollen Beiträgen entsprechenden Betrag derjenigen Marken freiwillig beibringen, welche vor dem Ausfall zuletzt zu verwenden waren. Diese Beibringung hat jedoch die bezeichnete Wirkung nur dann, wenn gleichzeitig zur Deckung des auf die Zeit des Ausfalls entfallenden Beitrags des Reichs die erforderlichen Zukunftsmarken (§ 89) beigebracht werden.

Freiwillige Beiträge dürfen höchstens für einen Zeitraum von je zwei Kalenderjahren, einschließlich desjenigen Kalenderjahrs, in welchem der Ausfall entstanden ist, beigebracht werden.

Die Entwertung dieser Marken erfolgt durch die Gemeindebehörde beziehungsweise die von der Landes-Centralbehörde für die Aufrechnung der Quittungsbücher bestimmte anderweitige Behörde (§ 81). Bei der Entwertung hat dieselbe das Jahr zu bestimmen, in welchem die Beibringung der Marken erfolgt ist.

Die Behörde darf die Entwertung und Bezeichnung nur dann vornehmen, wenn gleichzeitig ein entsprechender Betrag an Zusatzmarken (§ 89) beigebracht wird.

In gleicher Weise (Absatz 2) erfolgt die Entwertung und Bezeichnung für diejenigen Personen, auf welche die Versicherungspflicht durch Beschluß des Bundesraths erstreckt worden ist (§ 1 Absatz 2 und 3).

(Forts. folgt.)

respondent" eine längere Mitteilung aus Berlin, die manche beachtenswerthe Ausführung enthält, indem sie einen weiteren interessanten Einblick in die Absichten der Parteien des in der Krisis befindlichen Cartells gewährt. Es handelt sich um Zusammengehörige der "Nationalen" auch ohne Cartell unter Befolgung des Grundsatzes, die Linken und die äußerste Rechte an die Wand zu drücken mit Zuhilfenahme der gemäßigten Elemente der Linken, der ehemaligen Secessionisten. Die maßgebende Rücksicht bei diesem Plane liegt dabei zugleich schon mehr in den in anderthalb Jahren stattfindenden Wahlen zum Reichstag, vor denen man doch einigermaßen in Sorge ist und für die daher rechtzeitig Vorsorge getroffen werden soll, als in den Landtagswahlen dieses Herbstes.

Der „Hamburger Correspondent“ richtet bei dieser parteitaktischen Auseinandersetzung das Augenmerk zumeist auf „die östlichen Provinzen“, wo ein größerer Theil der Wähler noch zwischen rechts- und linksliberal schwanken.

„Die nationalliberale Partei muß“, fährt das Blatt fort, „bisher im Interesse der Selbstverteidigung, wie im Interesse eines kräftigen Mitwirkens bei der Wahl nationaler Abgeordneten zum Reichstage für ihre Auslandsgemeinden wie für ihr wahlaktisches Verhalten sich die Rücksicht auf die Wiedergewinnung dieser Elemente zur Rücksicht nehmen. Diese aber sind, wie immer gemäßigt und national sie sein mögen, ausgeprägt liberal und insbesondere entschiedene Gegner feudaler und hochkirchlicher Tendenzen.“

Gegen diese von der „Kreuzzettelpartei“ vertretenen Tendenzen sollten, mahnt das Hamburger Blatt weiter, die Nationalliberalen eine feste Abgrenzung vornehmen. Summa summarum: es sollen möglichst viel nationalliberale, freikonservative und gemäßigt-deutschconservative Abgeordnete gewählt werden. Hierauf sollen die „Centralleute“ der drei nationalen Parteien hinwirken.

Der Plan ist gewiß recht schön „national“. Es kommt nur darauf an, ob er gelingt. Gewiß hat die „Hamb. Corr.“ recht, wenn er von den Elementen im Osten, auf deren Fang es abgesehen ist, sagt, daß sie, so national sie sind, auch entschieden liberal sind. Aber weil das der Fall ist, werden sich diese Elemente wohl hüten, sich von dem ihnen hingehaltenen Röder der Abstofung der „Kreuzzettelpartei“ ohne weiteres verlocken zu lassen, den ehemaligen Cartellresp. Mitgliedern sich in die Arme zu werfen. Diese Elemente kennen die Vergangenheit der sich allein „national“ dünkenden Parteien und wissen, daß bei ihnen keinerlei Bürgschaft für den Schutz des wahren Liberalismus liegt; sie werden sich daher bis auf weiteres bedanken, die geforderte Wahlunterstützung zu leisten.

Es ist übrigens bezeichnend genug, daß die Cartellparteien immer nur von taktischen Manövern reden und taktische Pläne entwickeln, statt ihre wirklichen Bestrebungen, ihre Tendenzen und programmatischen Ziele darzulegen. Sage man uns doch, was man in der praktischen Politik und bei den uns bevorstehenden positiven Aufgaben eigentlich will. Das wäre mehr wert, als die „Taktilik“ ohne Ende, die uns vorgeführt wird. Aber freilich — man hütet sich, offen zu reden. Die Wähler würden eben nur zu bald merken, daß hinter dem gar herrlich ausschauenden Vorsetzen bezüglich „Abgrenzung“ gegen die „Kreuzzettelpartei“ etc. nichts zu finden ist, als das Bestreben, die bisherige Politik unter etwas milderer Außenseite fortzuführen.

Wer aber wird so kurzfristig sein, darauf hinzufuzulassen?

* Berlin, 11. Juli. Der „Börs-Tour.“ schreibt: Nach dem Ableben des Kaisers Friedrich ist, wie wir berichtet haben, Fürst Radolin von dem Amte eines Oberhofmarschalls zurückgetreten und an seine Stelle Herr v. Liebenau, der bis dahin Hofmarschall des Kronprinzen und seines Kaisers Wilhelm gewesen ist, gelangt. Um die bewährten Dienste des Fürsten Radolin dem kaiserlichen Hofstaat zu erhalten, wird, wie wir hören, eine neue Stellung eingerichtet, und zwar die eines Oberhofmeisters nach Analogie derjenigen Stellung, die am Wiener Kaiserhofe Fürst Hohenlohe einnimmt, und es ist Fürst Radolin zur Bekleidung dieses obersten Hofamtes ausersehen.

* [Bismarck und Crisp.] Eine persönliche Zusammenkunft des Fürsten Bismarck mit Crisp und dem Grafen Kalnoky findet nach den Informationen der „Kreuzig.“ keinesfalls vor der Rückkehr des Kaisers Wilhelm von seiner russischen Reise statt.

* [Justizminister v. Friedberg.] Der „Hamb. Corr.“ schreibt: „In juristischen Kreisen Berlins will man wissen, daß der Justizminister Dr. v. Friedberg ernstlich mit dem Gedanken umgehe, sich in den Ruhestand zu begeben. Von irgend welchen Frictionen mit seinen Collegen kann keine Rede sein, im Gegenseitig werden die Verdienste, welche er sich in den letzten schweren Zeiten erworben hat, allgemein anerkannt. Allein der Minister ist gegenwärtig 73 Jahre alt. An Vermuthungen, wer sein Nachfolger sein werde, fehlt es nicht; als eine solche erwähnen wir, daß vielleicht der Oberreichsamt Tiefendorf als Chef der preußischen Justizverwaltung nach Berlin zurückkehre.“

* [Graf Hugo Reichenbach] bekämpft in einem in der „Kreuzig.“ abgedruckten Aufruf an seine Freunde sehr eifrig die Bestrebungen, die Conservativen von Görlitz und den anderen Hochconservativen zu trennen. Er prophezeite die Republik als Endziel, wenn jetzt die Nationalliberalen Überwasser erhalten sollten! Er schließt wie folgt: „Liebe Parteigenossen! Es ist unsere Pflicht als positive Christen, als positive Deutsche, als positive Preußen, unbekümmert um alle Cartelle der Welt unsere Grundsätze bei den nächsten Wahlen entschiedener denn je in den Vordergrund zu stellen, allen Hader aber um die Parteitaktik denen zu überlassen, welchen ihr eigenes Ich Selbstbewußt ist.“

* [Lieutenant Tapenbeck] wird schon im nächsten Monat wieder nach Afrika zurückkehren, obwohl ärztlicherseits gewünscht wird, daß er seinen Aufenthalt in Berlin noch verlängern möge. Durch den Schuh in die Backe ist seine Sprachfähigkeit noch sehr beeinträchtigt, doch würde er bei einer Ausdehnung seines Aufenthalts vollständig wiederhergestellt werden können.

* [Ordensauszeichnung.] Wie nach dem „Hamb. Corr.“ verlautet, sollen die Professoren v. Bergmann und Gerhardt hohe Ordensauszeichnungen erhalten.

* [Zum Bericht über die Krankheit Kaiser Friedrichs] schreibt die „Börs. Igt.“ u. a.: „In der durch die bekannten Agitationen gegen die Regierung Kaiser Friedrichs gezeichneten Presse wird schon jetzt der Versuch gemacht, als Quintessenzen der ganzen Veröffentlichung den Eindruck

zu verbreiten, daß der Tod des Kaisers lediglich der auf Betrug und Eigennutz gestützten Behandlungswise Machenschaften zugeschrieben sei. Wenn dies in Wahrheit die Überzeugung der berichtenden Kartei wäre, so würde man sich vergeblich fragen, wie nicht nur sie, sondern wie auch die Regierung die Verantwortung dafür übernehmen könnte, diese Überzeugung erst nach dem Tode des Kaisers in authentischer Form zu verkünden, anstatt, wenn ausreichender Grund dazu vorhanden war, mit allen Mitteln damals einzugreifen, als es noch Zeit war, das angeblich verschuldeten Unheil abzuwenden. Jedenfalls darf man sich auf höchst unerquickliche Auseinandersetzungen und nachträgliche Offenbarungen bezüglich dieser „Schuldsfrage“ jetzt leider gefaßt machen, die dem traurigen, für die Nation so erschütternden Drama alles andere eher, als einen verhöhlichen Abschluß geben können.“

* [Am Fieber gestorben] ist kürzlich der vor drei Monaten nach Ostafrika entsandte Beamte der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft Hr. Heinrich Semler.

* [Zum letzten Landesvertragsprozeß] wirft die „Nat. Igt.“ die Frage auf, wie es möglich war, daß Jahre lang im Schoße deutscher Behörden der Vertrag unbedeutend gelüftet werden konnte, und schreibt: „Einem Menschen mit übler Vergangenheit, in notorisch höchst traurigen Verhältnissen und schlecht bekleidet, wurden Papiere anvertraut, an deren Geheimhaltung vielleicht die Gestaltung des Beginnes eines Feldzuges hing. Jedenfalls Dinge von außerordentlicher, unverkennbarer Wichtigkeit. Und selbst damit nicht genug. Als aus dem verschlossenen Kofferschrank des verantwortlichen Beamten höchst wichtige Documente fehlten, scheint das nicht weiter verfolgt worden zu sein, ja nicht einmal Verdacht erregt zu haben! Die Art, wie in Straßburg die Geheimnisse der deutschen Mobilisation gewahrt wurden, scheint uns kaum minder fragwürdig, wenn auch selbstverständlich in anderer Weise als die Art, mit welcher die französische Regierung Deutschland diese Geheimnisse zu entziffern bestrebt war. Wir nehmen an, daß die deutsche Regierung das Thräte gehabt hat, um wenigstens dergleichen Fällen für die Zukunft vorzubeugen; wünschenswerth wäre es aber jedenfalls, wenn das deutsche Publikum in dieser Richtung eine Aufklärung und Beruhigung erhielte.“

* [Berliner Finanzkreise] sollen sich der „Wirschnyja Wedomost“ und der „Nowoje Wremja“ zufolge, erboten haben, Russland eine größere Anleihe zu gewähren. Die „Nowoje Wremja“ warnt indes die russische Regierung vor Geschäftsmitteln mit der Berliner Haute finance, da dieselben Russland angeblich mehr schaden, als nützen würden.

* [Heringssring.] Die norwegischen Heringssischer haben eine weit angelegte Agitation unternommen, um die Heringssausfuhr

fragte, ob sie bereit sei, den Kronprinzen an Prostic auszusiefern. Die Königin weigerte sich energisch, den Kronprinzen diesem General zu übergeben.

Frankreich.

Paris, 10. Juli. [Deputirtenkammer.] Der Entwurf betreffend die Vertheidigung der Häfen von Cherbourg, Brest und Toulon, sowie die Absicherung der Rhône dieser Häfen wurde für Donnerstag zur Verathung angesetzt. Der Marineminister verlangte die Dringlichkeit des Antrages, damit der Entwurf vor Schluss der Sessoin berathen werde.

Der Senat nahm in zweiter Lsung den Artikel 37 des Rekrutierungsgesetzes an, welcher die Dauer der aktiven Dienstzeit im Heere auf 3 Jahre und die Dienstzeit in der Reserve auf 6½ Jahre festsetzt.

In der Budgetcommission erklärte der Marineminister in Bezug auf das Project der Hafenvertheidigung, man müsse die Häfen in einen solchen Zustand versetzen, daß sie gegen jeden Handstreich gesichert seien. Die Commission beschloß, die weiteren Erklärungen des Ministers geheim zu halten. (W. Z.)

England.

London, 10. Juli. Das Unterhaus nahm die bereits gemeldeten Anträge Smiths einstimmig an.

Das Oberhaus debattierte in zweiter Lsung die Reformbill des Oberhauses. Hierauf zog Lord Galisburn die Vorlage zurück, weil zur Fertigstellung derselben in der gegenwärtigen Sessoin keine Zeit sei. (W. Z.)

Serbien.

Belgrad, 10. Juli. Der Kriegsminister Prostic soll, wie man der „M. Stg.“ meldet, endlich die Königin Natalie zum Nachgeben bewogen haben. Die Ordnung der Angelegenheit nähert sich einem Ergebnis, welches Natalie als Königin und Mutter befriedigen, aber auch den gerechten Anspruch Milans berücksichtigen dürfte. Zum Nachgeben veranlaßt wurde die Königin durch die Erkenntnis, daß sie auf eine allerhöchste Vermittelung vergeblich gehofft hatte. (Vergl. vorne unter Wiesbaden.)

Bon der Marine.

U. Riel, 10. Juli. In der Marine herrscht anlässlich der bevorstehenden Ankunft des Kaisers sieberhafte Thätigkeit. Mehrere Schiffe des Geschwaders werden neu gemalt und sämtliche Schiffe nehmen Kohlen, Proviant etc. über. Der Aufenthalt des Kaisers in Riel wird ein kurzer sein. Am 14. d. Morgens 9 Uhr, trifft der Kaiser mittels Sonderzuges hier ein und begiebt sich sofort an Bord der kais. Yacht „Hohenzollern“. Zwei Stunden später, um 11 Uhr, sticht die Kaiserjacht an der Spitze einer stolzen Armada in See. Wie wir zuverlässig erfahren, setzt sich die Begleitschiffe zusammen aus der Manöverschiffotter unter dem Befehl des Contre-Admirals Knorr, bestehend aus den Panzerdänen „Baden“, „Württemberg“, „Kaiser“ und „Friedrich der Große“ sowie dem Aviso „Zieten“, und dem Geschwader unter dem Befehl des Contre-Admirals v. Kall, bestehend aus den Kreuzerfregatten „Stein“, „Moltke“, „Gneisenau“ und „Prinz Adalbert“ sowie dem Aviso „Blitz“. Die ganze stattliche Flotte, mit welcher Kaiser Wilhelm den Osten zieht, besteht somit aus elf der schönsten Schiffe unserer Marine, die mit 102 schweren Geschützen armirt und 3898 Röpfen benannt sind.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Urtheile der Presse über die Krankheitsgeschichte Kaiser Friedrichs.

Die „Doss. Stg.“ tadelte an der Krankheitsgeschichte des Kaisers Friedrich den Grundton der Anklage gegen Mackenzie.

Die „Reichsbote“ schreibt: Im Lichte der Aktenstücke erscheine Mackenzie als ärztlicher Betrüger und Schwindler.

Die „Germania“ vermisst das Gutachten von Lenden, Senator und Krause; deshalb sei die Schrift nicht vollständig und entspreche nicht ganz ihrem Titel. Sie habe auch nicht den Charakter eines rein wissenschaftlichen Gutachtens, sondern mache den Eindruck der Gehässigkeit und verletzter Würde. Auffallend sei die völlig einseitige Verwertung des dargebotenen Materials und vor allem die Ausschließung des Arztes, welcher 14 Monate lang die Behandlung leitete.

Die „Doss. Stg.“ hat aus der Publication sich nicht überzeugt, daß die theilweise Egistirpation des Kehlkopfes im Sommer den Kronprinzen gerettet hätte.

Die „Post“ sagt, die Krankheitsgeschichte gestalte sich zu einer vernichtenden Streitschrift gegen Mackenzie.

Die „Nationalzeitung“ heißt mit, die deutschen Aerzte hätten zur rechten Zeit alles aufgeboten, um den Kronprinzen aus den Händen Mackenzies zu retten. Einer der beteiligten Aerzte habe in der kritischen Zeit, als Mackenzie den Krebs wachsen ließ, Audienz bei Kaiser Wilhelm I. nachgesucht und demselben die Sachlage unverhüllt vorge stellt. Der Kaiser wäre tieferdrückt gewesen, aber er habe zur Antwort gegeben: „Mein Sohn ist 56 Jahre alt; die letzte Entscheidung über die ärztliche Behandlung kann ihm nicht entzogen werden.“ Gleichwohl habe Kaiser Wilhelm den Verlust gemacht, den Kronprinzen während der Reise von England nach Toblach wenigstens für einen Tag nach Berlin zu berufen. Aber die schon beschlossene Fahrt von Frankfurt nach Berlin wurde im letzten Augenblick aufgegeben; statt des Kronprinzen erschien sein Adjutant bei dem Kaiser.

Der „Doss. Stg.“ wird aus London telegraphiert: Mackenzie bestreitet im wesentlichen durchaus die Angaben in dem gestern von der „St. James Gazette“ fast in extenso veröffentlichten Bericht der deutschen Aerzte über die Krankheit Kaiser Friedrichs und bezeichnet dieselben als „Lügengewebe“. Aus Staatsgründen könnten die Angaben gegenwärtig nicht einzeln widerlegt werden; der hauptsächlichste Grund dafür sei die Stellung der Kaiserin Victoria. Jeder Facharzt für Kehlkopfkrankheiten könne nach dem Durchlesen der Berichte sofort sehen, daß die Schilderung

hinfällig und falsch sei. In wenigen Tagen dürfte Mackenzie sich über die Natur und die Behandlung der Krankheit eingehend äußern; vorläufig müsse er schweigen aus Gründen, die er als wichtig bezeichnet.

Berlin, 11. Juli. Der Kaiser besichtigte Vormittags auf dem Bornstedter Felde das 3. Garde-Ulanen-Regiment und ernannte nach dem Schluss des Exercierens den Herzog Friedrich Ferdinand von Schleswig-Holstein zum Rittmeister des hessischen Ulanen-Regiments Nr. 14.

— Die Kaiserin Augusta Victoria empfängt morgen Mittag das Staatsministerium im Marmorpalaiss.

Berlin, 11. Juli. Eine kaiserliche Cabinetsordre bestimmt, daß die betreffs der Errichtung eines Domes in Berlin von Kaiser Friedrich eingesetzte Immediat-Commission unverzüglich ihre Arbeiten beginnen soll. (Wiederholt.)

— Nach der „Kreuzzeitung“ verlautet jetzt mit größerer Bestimmtheit, der Ministerialdirektor v. Jastrow würde Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern werden. Als v. Jastrows Nachfolger sei der Geheimrat Braunbehrens designiert.

— Nach einem Petersburger Telegramm des „Berliner Tageblatts“ verlangt der „Grashdanin“ von der russischen Regierung, diese solle auf diplomatischem Wege die unrechtmäßig beleidigte Königin von Serbien in Schutz nehmen und dadurch den „österreichischen Intrigen“ das Gleichgewicht halten. Die „Novoje Wremja“ nennt die eventuelle „deutsche Einmischung“ eine Verleumdung der Russen und eine schamlose Handlung. In Petersburg nimmt man an, die Königin Natalie würde sich nach Russland in ihre Heimat zurückziehen.

Der Procureur des heiligen Synod Pobedonoszew ist in Wiesbaden eingetroffen.

Riel, 11. Juli. Laut allerhöchster Ordre vom 8. Juli sind für die Ankunft und die Abreise des Kaisers Specialbefehle an den Chef der Admiraltät erlassen. Der Kaiser geht an Bord der kais. Yacht „Hohenzollern“, begleitet von der ersten und zweiten Division der Marineflotte und der Torpedoboottfottille, am 14. Juli Vormittags in See. Die Torpedoboottfottille kehrt von der Bülk aus nach Riel zurück. Außer dem Botschafter Grafen Schuvalow begiebt sich der russische Militärbevollmächtigte Graf Autusow am Sonnabend Morgens nach Petersburg, um den Kaiser Wilhelm in Peterhof zu erwarten.

Dem „B. Tagebl.“ zufolge wird Kaiser Wilhelm auch noch nach Stockholm gehen.

Madrid, 11. Juli. Die Königin-Regentin ist zum Sommeraufenthalt nach San Sebastian abgereist.

Washington, 11. Juli. [Monatsbericht des Landwirthschaftsbureaus.] Die Baumwollernte wird in allen Staaten später als gewöhnlich erfolgen. Der Durchschnittsstand ist ein mittlerer (86½%), die Pflanze ist durchweg kräftig und schnell wachsend. — Der Winterweizen wird im Süden eingehainst, der Ertrag ist in Südkarolina, Nordcarolina, Georgia und Alabama geringer als erwartet; in Pennsylvania, Ohio und Illinois etwas, in Michigan erheblich gebessert. Auch von der Pacificküste lauten die Berichte besser, der Durchschnitt beträgt 93, der Durchschnittsstand des Hauses 95½%, Gerste 91, Winterroggen und Frühjahrsroggen 96½%.

Danzig, 12. Juli.

* [Eine Wasserstraße in Russland.] Aus Warschau wird wieder ein neues „Project“ zur Ablenkung des Verkehrs nach den russischen Häfen gemeldet: Die Erbauung eines neuen Kanals.

Es wird angeblich beabsichtigt, den „Augustow Canal“ mit dem vor etwa 30 Jahren begonnenen „Windauer Canal“ zu vereinen und so eine Verbindung zwischen der Weichsel und dem östlichen Theile des baltischen Meeres herzustellen. Die Flüsse Bobra, Netta und Narew würden zur Vereinigung des „Augustow Canal“ mit der Weichsel dienen.

Es handelt sich vorerst um die Vollendung des „Windauer Canals“, zu welchem Zwecke die

Bildung einer Actien-Gesellschaft projectirt wird.

* [Zootentarif.] Nach einer Mittheilung des Herrn Regierungs-Präsidenten hier selbst an das Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft ist mit dem 1. Juni d. Js. für den Hafen von Ancona ein neuer Zooten-Tarif in Kraft getreten.

Nach diesem Tarife beträgt die Zootengebühr sowohl für Dampfer als auch Segelschiffe 8 Centimes per Registertonne netto. Die Abgabe darf in keinem Falle weniger als 15 Lire betragen und 100 Lire nicht überschreiten. Es besteht jedoch kein Zwang für die ein- und auslaufenden Schiffe, sich eines Zootens zu bedienen. Für das Verkaufen und Verankern eines Schiffes sind 15 Lire zu entrichten.

* [Zootentarif.] Nach einer Mittheilung des Herrn Regierungs-Präsidenten hier selbst an das Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft ist mit dem 1. Juni d. Js. für den Hafen von Ancona ein neuer Zooten-Tarif in Kraft getreten.

Nach diesem Tarife beträgt die Zootengebühr sowohl für Dampfer als auch Segelschiffe 8 Centimes per Registertonne netto. Die Abgabe darf in keinem Falle weniger als 15 Lire betragen und 100 Lire nicht überschreiten. Es besteht jedoch kein Zwang für die ein- und auslaufenden Schiffe, sich eines Zootens zu bedienen. Für das Verkaufen und Verankern eines Schiffes sind 15 Lire zu entrichten.

* [Woden-Zachweis der Bevölkerungs-Vorgänge vom 1. bis 7. Juli.] Lebend geboren in der Bevölkerungs-Woche 40 männliche, 42 weibliche, zusammen 82 Kinder. Todgeb. 3 männliche, 1 weibliches, zusammen 4 Kinder. Gestorben 20 männliche, 29 weibliche, zusammen 55 Personen, darunter Kinder im Alter von 0—1 Jahr: 12 männlich, 7 außerehelich geborene. Todesursachen: Scharlach 3, Diphtherie und Croup 2, Brechdurchfall aller Altersklassen 6, darunter von Kindern bis zu 1 Jahr 5, Lungenschwindsucht 5, acute Erkrankungen der Atemhörgänge 2, alle übrigen Krankheiten 37.

A. Neufahrwasser, 11. Juli. Der rührigen Verwaltung der Gesellschaft „Weichsel“ verband unser Gebad Weichselplatte in diesem Jahre wieder manche Verbesserung und neue Annehmlichkeit. Dabei ist zunächst die praktische und comfortable Einrichtung der

Badeanstalten zu erwähnen, welche bekanntlich in diesem Frühjahr mit großem Kostenaufwand fast vollständig neu aufgebaut werden mußten, da die Winterstürme an diesen Anlagen sichtbar gerüttelt hatten. Godann ist die angenehme Dampfsverbindung zwischen Danzig und der Platte neuerdings dahin erweitert, daß dreimal wöchentlich Dampfer auch über See nach Sopot hin und hierher zurück fahren. Vom 15. dieses Monats soll nun noch die elektrische Beleuchtung des Kurgartens und der Hauptwege hinzutreten. Für den Aufschwung dieses Bades wird also in jeder Sicht das Mögliche gethan. Eine serner bis jetzt in jedem Jahre von den Badegästen vermehrte Annehmlichkeit bietet ein Unternehmen des Herrn Albert Zimmermann aus Danzig, der hier ein Geschäftskloster am Kurgarten eröffnet hat, welches bemüht ist, alle nur denkbaren Gebrauchsartikel den Badegästen an Ort und Stelle darzubieten.

ph. Dirkschau, 10. Juli. Gestern Abend wurde unweit der Weichselbrücke die Leiche des Grenadiers Glumski an einer Buhne aufgefunden. — In der Nacht des 7. Juli brach in Postelau auf der Befestigung des J. Simon Feuer aus, durch welches Scheune und Stall eingeäschert wurden.

Thorn, 10. Juli. Über die bereits gemeldeten Frachtermäßigungen für schlechtere Steinkohle werden jetzt genauere Mitteilungen veröffentlicht. Die Concurrenz der russischen Kohle, welche bereits durch die Steigerung des Rubelcurses sehr erschwert war, scheint durch die neuen Tarife ganz ausgeschlossen zu sein. Bei der Umrechnung der Frachten in Rubel hat die königliche Eisenbahndirection eine hohe Maximalgrenze aufgestellt, und zwar bis 190 Proc. Bei einem Steigen des Rubelcurses über 190 Proc. erhöhen sich die bezüglichen Frachtsätze für je angefangene 10 Proc. um je 0,03 M. pro 100 Kilo mit der Maßgabe, daß die gegenwärtig bestehenden, im Haupttarif und in den Nachträgen enthaltenen Frachtsätze aufgehoben werden, sofort wieder in Kraft treten, soweit sich bei Anwendung eines höheren Rubelcurses für einzelne Stationen dadurch Frachterhöhungen ergeben sollten. (Th. D.)

— [Ernesto Rossi], der gescheite Tragödie, hat be schlossen, seine künstlerische Laufbahn aufzugeben. Vorher will er jedoch noch eine Abschiedsrundreise durch Belgien und Holland machen und hat deshalb bereits mit dem Unternehmer Wächter in Brüssel einen Vertrag abgeschlossen. Die Truppe, welche Rossi begleiten soll, wird in diesem Augenblick in Mailand zusammen gesetzt.

* [Ein neues Lutherfestspiel.] Unter Leitung des Malers Wollschläger aus Torgau werden an den Abenden vom 29. und 31. d. M. sowie am 5. August auf der über der Stadt Mansfeld liegenden Burg dem Stammsitz der Mansfelder Grafen, in der Ruine des „goldenen Saales“ Aufführungen eines Lutherfestspiels stattfinden. Dasselbe besteht in lebenden Bildern aus Luthers Leben, die durch einen vom Pastor Storch verfaßten Text mit einander verbunden sind. Eingelegt sind eine Anzahl Chorgesänge. Die Darsteller sind bereits ausgesucht und die Décorations und Trachten beschafft.

Rom, 6. Juli. Das angebliche Grab des Volks tribunen Cola di Rienzi in der zum Abriss bestimmten Kirche der heiligen Bonosa muß neuen Erforschungen folgen, welche der Liste der historischen Stätten gestrichen werden. Der archäologische Ausschuss der städtischen Verwaltung hat festgestellt, daß die Überlieferung bezüglich dieses Grabes auf einem Irrthum beruht. Was man für den Grabstein Cola Rienzi gehalten, war der Stein eines gewissen Nicola Vecca. Die Inschrift ist in den Magazinen des archäologischen Museums hinterlegt worden und die Frage nach des Volkstriibunen letzter Ruhestätte bleibt offen.

Schiffs-Nachrichten.

Grimsby, 9. Juli. Die norwegische Bark „Greninde Karen Wedel“, von West-Hartlepool nach Kronstadt sprang am 1. Juli ca. 100 Seemeilen D. von Spurn leck und mußte mit 13 Fuß Wasser im Raum verlassen werden. Die Mannschaft wurde von einem Fischerfahrzeuge aufgenommen und gestern hier gelandet.

Tunis, 8. Juli. Der französische Postdampfer „Charles Quint“, von der Comp. Generale Transatlantique, ist am Sonnabend Morgen nach Collision mit dem derselben Gesellschaft gehörenden Postdampfer „Bille de Bretagne“ nördlich vor der Arkona-Inseln in 34 Fuß Wasser gesunken. Der Kapitän, ein Passagier (Europäer), zwei Matrosen und zwei eingeborene Soldaten ertranken. Der „Charles Quint“ sank 17 Minuten nach dem Zusammenstoß.

Schiffs-Nachrichten.

Da dem Herrn Verfasser der „Zuschrift“ in Nr. 17162 der „Dan. Stg.“ bekannt sein dürfte, daß zwei Gesellschaften die Strecke Heubude-Danzig mit Dampfern befahren, wäre es wohl wünschenswerth, daß derselbe sich etwas bestimmter ausgedrückt hätte. Ich weise die dort ausgesprochene Beschuldigung als für uns nicht zutreffend zurück.

Ich überwache persönlich an jedem Sonntage die Abfahrt von Heubude und habe stets das Verlangen, am Ganskrug abgesetzt zu werden, als selbstverständliche anerkannt, ebenso sind auch unsere Führer instruiert, jedem berechtigt erscheinenden Wunsche unserer Fahrgäste nachzukommen. Eine Beschwerde ist bei mir nicht eingelaufen.

F. A. Habermann.

Standesamt.

Vom 11. Juli.

Geburten: Schuhmachergeselle Andreas Treu, G. — Commis Edwin Carnuth, Z. — Maschinenschlosser Albert Scheel, G. — Arbeiter Julius Gynianski, G. — Schuhmachermeister Wilhelm Kaminski, G. — Tischlergeselle Eugen Raddant, G. — Töpfergeselle Anton Potulski, G. — Schneidergeselle Carl Lajschek, G. — Zimmergeselle Paul Schwarz, G. — Unehelich: 2 G., 1 Z.

Aufgebote: Briefträger Gustav Bluhm und Wilhelmine Ida Laeps, geb. Krause.

Heirathen: Maschinenschlosser Friedrich Wilh. Drews und Julianne Auguste Kubillun. — Malergeselle Joh. Friedrich Rosin und Olga Natalie Elisabeth Schulzowski. — Arbeiter Friedrich Rohr und Olga Helene Glück.

Todesfälle: Witwe Maria Brandt, geb. Preuß 83 J. — Rentier Christian Almann, 81 J. — L. d. Maurerges. Gustav Moritz, 18½ J. — Pen. Gerichtsbot Franz Grabowski, 69 J. — S. d. Kaufmanns Georg Altmüller, todgeb. — G. d. Schieferdecker Franz Piotrowski, 61 J. — Kaufm. Franz Julius Gustav u. Kulesa, 61 J. — G. d. Prof. Dr. Georg Schömann, 2 J. — Z. d. Ingenieurs Paul Böß, 5 M. — Unehel.: 2 G., 1 Z.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Wien, 11. Juli. (Abendbörse.) Destr. Creditactien 308.80, ungar. 4% Goldrente 101.85. Tendenz: matt.

Paris, 11. Juli. (Schlußcourse.) Amortis. 3% Rente 86.10, 3% Rente 83.40, ungar. 4% Goldrente 82.16, Franzosen 476.25, Lombarden 198.75, Türken 15.00, Aegepter 428.00. Tendenz: träge. — Rohzucker 88% loco 38.00, weißer Zucker per laufenden Monat 42.20, per Juli 42.20, per Juli-August 42.20. Tendenz: steigend.

London, 11. Juli. (Schlußcourse.) Engl. Consols 99½, 4% preuß. Consols 105½, 5% Russen von 1871 90, 5% Russen von 1873 98½, Türken 14½, ungar. 4% Goldrente 82, Aegepter 74½. Plattdiscont 1½ %.

Tendenz: matt. — Havanna-Zucker Nr. 12 15%, Rübenzucker 14½. — Tendenz: fester.

Petersburg, 11. Juli. Feiertag.

Newyork, 10. Juli. (Schlußcourse.) Wechsel auf Berlin 95½, Wechsel auf London 4.87, Cable

